

LINKSRUM



Wetterau

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
April/Mai 2024

AUS

bevor es begann?

Kurz vor der letzten Kommunalwahl, im Februar 2021, fasste der Kreistag endlich den Beschluss, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen.

Die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses wird verzögert. Vor Kurzem wurden sogar Stimmen laut, die den Beschluss wieder zurücknehmen wollen. Die WoBau wurde als GmbH beschlossen. Der Kreis ist Hauptgesellschafter und hat immer die Mehrheit. Deswegen wollen interessierte Kommunen der GmbH nicht beitreten. Soll die WoBau daran scheitern?

DIE LINKE. macht Vorschläge, wie endlich sozialer Wohnungsbau in der Wetterau möglich werden kann.

Lesen Sie Seite 7

**Gesundheitsreform setzt
kleine Krankenhäuser unter Druck**

Was wird aus dem Gesundheitszentrum Wetterau?

Dieses Jahr muss der Wetteraukreis drei Millionen Euro zuschießen, damit das GZW seine Aufgaben erfüllen kann. Auch nach der Krankenhausreform von Gesundheitsminister Lauterbach haben viele Kliniken nicht genug Geld, um ihren Betrieb langfristig zu sichern. In den kommenden zehn Jahren soll ungefähr jede fünfte Klinik mit anderen zusammengelegt, umgestaltet oder geschlossen werden.

Seite 5

**Israel und Gaza:
Alle Menschen
sind gleich!**

Seite 5

**Landwirtschaft
im Griff
der Konzerne**

Seite 6

**Immer mehr
Mieter unter
Druck!**

Seite 7



Zehn Jahre arbeitete der Verein „Linke Hartz4-Hilfe“. Mit Einführung des Bürgergelds ist ein neuer Verein nötig geworden.

Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

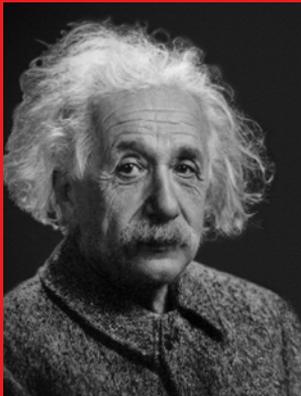
SOS-Sozial- sprechstunde im Roten Laden

Der neue Verein **SOS-Sozial**sprechstunde will die Arbeit der Hartz4-Hilfe weiterführen. Seit Januar 2013 fand zweimal in der Woche eine Sozialsprechstunde statt. Das wird auch weiterhin so bleiben. Wir unterstützen bei der Beantragung von Sozialleistungen oder fehlerhaften Leistungsbescheiden, bei Mietfragen, Umlagenrechnungen oder

verweigerter Hilfen in allen möglichen Bereichen. Im Verein sind inzwischen 260 Mitglieder aus 17 Nationalitäten versammelt. Viele helfen der Sprechstunde beim Übersetzen, bei Behördengängen oder der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn auch Sie mithelfen möchten, können Sie gerne vorbeischauen! Alle arbeiten ehrenamtlich. **SOS** erhält keine Geldzuwendungen. Deswegen freuen wir uns über Spenden und Fördermitglieder. Der Verein ist gemeinnützig.



Montag 14 bis 16 Uhr,
Donnerstag 16 bis 18 Uhr
(werktags, außerhalb der
Schulferien)
Eine halbe Stunde vorher
gibt es Nummern, denn die
Nachfrage ist leider sehr
hoch. Mit Wartezeiten muss
gerechnet werden.



**„Ich bin nicht sicher,
mit welchen Waffen
der dritte Weltkrieg
ausgetragen wird, aber
im vierten Weltkrieg
werden sie mit
Stöcken und Steinen
kämpfen.“**

Albert Einstein

Folge 24:

flopcenter

Das trifft immer nur die anderen?

Wenn die Gesundheit nicht mehr mitspielt, ist man schnell auf soziale Leistungen angewiesen. Erst gibt es Krankengeld und dann Arbeitslosenunterstützung. Was sich so schön und sicher anhört, ist oft ein krasser Absturz in die Armut.

Helmut ist ein Beispiel. Er könnte auch Markus oder Alexander heißen. Helmut war ein motivierter Arbeiter: Sehr gut in seinem Fach, anerkannt, leistungsorientiert und immer auf Trapp. Was kostet die Welt?

Doch dann kamen mehrere Schlaganfälle hintereinander. Keine schweren aber es reichte aus, um ihn eine Weile außer Gefecht zu setzen. Helmut lernte den Wert der Krankenversicherung schätzen. Zwar beträgt das Krankengeld nur 70 Prozent vom Bruttolohn aber der Lebensunterhalt war gesichert. Seine Gesundheit wurde wieder besser und er freute sich, als er wieder arbeiten konnte.

Nur leider musste Helmut erleben, dass er seine alte Kraft verloren hatte. Dem Zeitdruck und den hohen Anforderungen konnte er nicht mehr standhalten.

Die Folge war ein Burnout. Irgendwann war an Arbeit nicht mehr zu denken. Das wird wieder, sagte er sich. Doch so ein Burnout kann hartnäckig sein.

Immerhin hat man dann Anrecht auf Arbeitslosengeld I. Aber dann? Was ist, wenn die Gesundheit weiterhin streikt? Dann landet man beim Jobcenter. Und dort herrscht wenig Wertschätzung für Helmut.

Die Bearbeitung des Bürgergeldantrags dauerte Wochen. Monate ohne Geld.

Wie ernährt man seine Familie? Wie bezahlt man die Miete? Große Rücklagen gibt es mit Krankengeld und Arbeitslosengeld nicht.

Das Geld ist schnell aufgebraucht. Helmut leiht sich Geld bei Freunden. Doch endlos geht das nicht. Wie soll er die Schulden zurückzahlen?

Manche Unterlagen, die das Jobcenter verlangt, müssen erst besorgt werden. Es gibt Verwirrung mit der Krankenkasse. Alles dauert zu lang und das Jobcenter verweigert derweil einen Vorschuss. Die Familie hat viel zu wenig zum Leben. Rechnungen werden zurückgestellt. Die Miete ist das drängendste Problem. Helmut's Selbstbild ist im Keller. Existenzangst ist nicht gesundheitsfördernd. Er kann nicht mehr schlafen. Sein Blutdruck spinnt, das Herz rast.

Ende einer gut bürgerlichen Existenz?! Solange man leistungsfähig ist, ist man wer. Und wenn nicht? Spätestens dann wird klar, wie wertvoll Sozialleistungen sind!

Was wird aus dem Gesundheitszentrum Wetterau?

In Zukunft wird es unterschiedliche Versorgungsstufen für Krankenhäuser geben:

Level 1 leistet die Grundversorgung ambulant/stationär. Level 1i ist kein Krankenhaus mehr, sondern ein ambulantes Versorgungszentrum, eventuell mit einfacher Notfallversorgung. Level 2 ist ein Krankenhaus für Regel- und Schwerpunktversorgung.

Level 3 bietet eine Maximalversorgung.

Das Gesundheitszentrum Wetterau bemüht sich sehr darum, dass es als Level 2 Krankenhaus anerkannt und nicht herabgestuft wird. Die breite Versorgung der Bevölkerung im Wetteraukreis wäre mit einem niedrigeren Level nicht mehr möglich.

Ein wohnortnahes Krankenhaus ist unabdingbar: Fällt es weg, entstehen lebensgefährliche Situationen.

Krankenhausschließer argumentieren, dass längere

Fahrzeiten durch höhere Qualität ausgeglichen würden. Aber kleine Krankenhäuser haben nachweislich hohe Qualität bei Standardoperationen.

Wenn jede Minute zählt, hilft der weit entfernte Maximalversorger nicht.

Der Wetteraukreis als Träger des GZW kann die Unterfinanzierung nicht ausgleichen. Zumindest nicht auf Dauer.

Es ist wichtig, Druck zu machen: Für die Senkung der Rüstungsausgaben und für mehr Geld in die Gesundheitsversorgung.

Brauchen wir Arbeitskräfte oder doch nicht?

Der Umgang mit Geflüchteten ist schizophren

Deutschland versucht, in aller Welt Arbeitskräfte zu werben. Denn es herrscht Fachkräftemangel. Ganz besonders im Handwerk, in der Pflege und in der Kindererziehung.

Dabei leben Tausende geflüchtete junge Menschen hier in Deutschland, die über eine Ausbildung froh wären.

Aber diese Jugendlichen werden nicht als Chance für die deutsche Wirtschaft gesehen. Sie gelten als Belastung. Und immer wieder werden ausgebildete und integrierte Menschen durch viel Bürokratie zurückgewiesen oder gar abgeschoben. Ein Beispiel?

Ein Altenpfleger aus Afrika arbeitet nun schon einige

Jahre in der Geriatrie und möchte seine Frau nach Deutschland holen. Von der deutschen Botschaft erhält er eine Absage: Es wäre besser, er ginge zurück nach Afrika. Dort könnten Menschen mit einer deutschen Ausbildung gutes Geld verdienen.

Kaum zu glauben, dass wir Pflegekräfte brauchen...

Am 20. Dezember 2023 wurde im Kreistag eine Gedenkstunde abgehalten. Mehr als 1200 israelische Opfer hatte ein Anschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 gefordert. „Terror bekämpfen - Jüdisches Leben schützen“ war die Forderung des Kreistags. Wir drucken hier die Rede der Linksfraktion ab, die daran erinnerte, dass auch palästinensische Leben Schutz brauchen. Denn:

Alle Menschen sind gleich!

Alle Menschen sind gleich...
...gleich vor dem Gesetz, so steht es in unserem Grundgesetz.

...gleich an Würde und Rechten geboren, so wurde es nach dem fürchterlichen 2. Weltkrieg von der Weltgemeinschaft in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert.

Unsere Fraktion, meine Damen und Herren, steht uneingeschränkt zum Postulat der Gleichheit der Menschen. Sie gilt immer!

Wir waren am 7. Oktober entsetzt und schockiert über die furchtbaren Massaker der islamistischen Hamas, über die Morde an unschuldigen Zivilisten, die wahllos getötet wurden. Nichts, kein Unrecht dieser Welt, rechtfertigt solche Ver-

brechen. Doch wir sind genauso schockiert und entsetzt über die rücksichtslosen Bombardements im Gazastreifen, die inzwischen mindestens 18.000 Todesopfer (Anfang März 2024: mehr als 30.000) gefordert haben.

Auch in Gaza leidet in erster Linie die Zivilbevölkerung!

Ja, es ist genau so: Gerade wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für jüdisches Leben. Und wir haben die Verantwortung, das Existenzrecht Israels zu verteidigen.

Aber diese Verantwortung verpflichtet uns nicht, die rücksichtslose Kriegsführung der rechten Netanyahu-Regierung als Selbstverteidigung schönzureden und

zu unterstützen. Israel wird durch die Verbrechen der Hamas nicht seiner eigenen völkerrechtlichen Verantwortung entbunden.

Die Opfer dieses Krieges – ob Israelis oder Palästinenser - sind Menschen.

Gleich an Würde und gleich an Rechten geboren!

Gleich wertvoll, mit gleichem Recht zu leben!

Dieser Krieg muss enden!

Dafür, meine Damen und Herren, sollten wir uns nachdrücklich einsetzen:

■ Für einen sofortigen Waffenstillstand.

■ Für ernsthafte Verhandlungen zur Befriedung des seit Jahrzehnten schwelenden Konflikts, der so lange heiß auflodern wird, bis er durch Diplomatie beigelegt sein wird.

■ Für Versöhnungsarbeit zwischen Israelis und Palästinensern.

Schützen wir das Leben aller Menschen!



Landwirtschaft im Griff der Konzerne

Im Jahr 1975 gab es noch 900.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland. Heute sind es nur noch 225.000. Bauern haben also zu Recht Existenzängste. Doch Bauer ist nicht gleich Bauer.

Die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich radikal verändert. Es gibt ganz große Agrarunternehmen mit riesigem Landbesitz. Hier wird knallhart für den Maximalprofit kalkuliert. Dann gibt es große und mittlere Bauernhöfe, die zwar noch von Familien bewirtschaftet werden aber so unter Konkurrenzdruck stehen, dass sie die Methoden der Agrarfabriken oft übernehmen: also den großräumigen Einsatz von Glyphosat und synthetischem Dünger. Der kleine Sektor der naturgerechten und ökologischen Höfe wirtschaftet erheblich arbeitsinten-

siver und auch riskanter. Sie verzichten auf die chemische Keule und befahren ihre Äcker öfter, um den gewünschten Ertrag zu erzielen. Diese Gruppen haben unterschiedliche Interessen.

Was alle Bauern für den Protest eint

Der kleinste gemeinsame Nenner ist derzeit der Protest gegen die Abschaffung der Steuerbefreiung bei Traktoren und die Sonderkonditionen für Agrardiesel. Sowie die Abwehr einer wachsende Bürokratie- und Dokumentationsflut.

Doch es geht um weit mehr!

Fallen Subventionen für die einheimische Landwirtschaft weg, kann sie sich nicht gegen die globale agrar-industrielle Billigkonkurrenz behaupten.

Denn die deutsche Landwirtschaft muss in Zusammenhang mit der weltweiten Situation gesehen werden. Da gibt es immer weniger familiengeführte Betriebe. Stattdessen kontrollieren globale Konzerne wie Nestlé, Monsanto oder Cargill die Szene. Hinter den Giganten stehen Banken und Vermögensverwaltungsfirmen wie Goldman Sachs, Black Rock oder Vanguard. Dazu IWF, Weltbank und EU.

Gegen diese Entwicklung sollten sich Bauern und Verbraucher gemeinsam stemmen.



Wie kommt man auch im Wetteraukreis zu bezahlbarem Wohnraum?

Immer mehr Mieter unter Druck!

Die linken Kreistagsabgeordneten Gabi Faulhaber und Anja Eifeltal besuchten die Frankfurter ABG, die größte Wohnungsbaugesellschaft der Region. Von Frank Junker, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, wollten sie erfahren, welche Möglichkeiten es für den sozialen Wohnungsbau gibt. Zwei Vertreter der grünen Fraktion haben sich der Delegation angeschlossen.

Es wird immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Deshalb fordert DIE LINKE. seit Jahren eine kreiseigene Wohnungsgesellschaft und neue Wohnbauprojekte mit einem Anteil von mindestens 30% geförderten Wohnungen.

„Wir werden uns nicht damit abfinden, dass in den letzten zehn Jahren in der Wetterau 40 % der Sozialwohnungen weggefallen sind, aber kaum Ersatz geschaffen wurde“, sagt Faulhaber. Aber die regierende Koalition aus SPD und CDU lehnte bisher beharrlich alle Vorschläge zur Schaffung von sozialem Wohnraum ab. Und sie brachten keine einzige eigene Idee in den Kreistag ein, wie die Wohnungsnot im unteren Mietpreissegment verringert werden könnte.

Am 27. Februar besuchten Linke und Grüne die ABG.

Diese Wohnungsbau-Holding setzt ihre Wirtschaftskraft dafür ein, auch geförderte Wohnungsprojekte mit bezahlbaren Mieten zu realisieren. Auch werden Wohnungen am Ende der Förderzeit wieder in eine Sozialpreisbindung eingekauft. Es wurde rasch klar, dass die Strukturen auf dem Land anders sind als in der Stadt. Frankfurt ist kreisfreie Stadt und besitzt Grundstücke. Dadurch kann sie mit der ABG auf Augenhöhe wirtschaften und auch soziale Vorgaben machen.

Dennoch hat auch ein Landkreis Möglichkeiten, seine Kommunen beim Wohnungsbau zu unterstützen. Dafür braucht der Wetteraukreis eine geeignete Baugesellschaft, die mit ausreichend Stammkapital ausgestattet auch kreditwürdig ist.

Zur Zeit ist das Bauen sehr teuer. Junker rechnete vor,

dass die Kosten heute bei etwa 5000 Euro pro Quadratmeter liegen. Das können sich nur Wohlhabende leisten, denn der Mietpreis liegt dann bei 20 Euro m².

Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss den Wohnungsbau subventionieren.

Gleichwohl kauft die ABG bereits Grundstücke oder erwirbt sie in Erbpacht, um später bauen zu können. Auch in Nidderau und in Butzbach ist die ABG erfolgreich tätig geworden.

Warum also sollten nicht weitere Wetterauer Kommunen mit der ABG kooperieren? Warum kann man nicht auch einen großen Player wie die ABG in die kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft einbeziehen? All das ist eine Überlegung wert. **Was aber gar nicht geht ist, das Wohnungsproblem weiter auszusitzen!**

Sprechstunden im Roten Laden



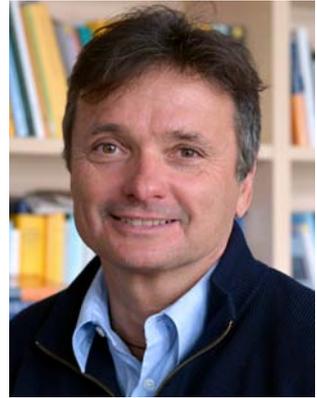
Im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Unterstützung im Behörden-dschungel finden Sie beim Verein **SOS-Sozial**sprechstunde im Roten Laden. Jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag 16 bis 18 Uhr (werktags), Usagasse 26, Friedberg. Mail: sosimrola@gmail.com Telefon: 06031 1695707 (AB)

Repressive Toleranz und marktkonforme Demokratie

Am 21. Juni 2024 kommt **Dr. Andreas Fisahn** um 19.30 Uhr in den Roten Laden nach Friedberg. Er stellt sein Buch vor, das sich mit der Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie kritisch auseinandersetzt. Fisahn ist Jurist. Er vertrat mehrere Verfas-



sungsklagen, darunter gegen den EU-Vertrag von Lissabon und gegen das Freihandelsabkommen CETA.

Impressum: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau. V.i.S.d.P.: Gabi Faulhaber, Usagasse 26, 61169 Friedberg. e-mail: info@die-linke-wetterau.de homepage: www.die-linke-wetterau.de

Überarbeitete Auflage: Alle sozialen Adressen in einem Heft

Seit 1. März 2024 gibt es den Sozialkompass für die Wetterau in dritter überarbeiteter Auflage. Man kann ihn im Roten Laden für 4 Euro kaufen. Hilfesuchende zahlen 1 Euro. Per e-mail sosimrola@gmail.com kann man ihn auch bestellen. Im Kompass sind soziale Anlaufstellen und nützliche Adressen zusammengestellt, was die mühsame Suche nach Kontaktdaten im Netz erspart und den Zugang zu Hilfeangeboten erleichtert.



Sozialkompass für die Wetterau

